Niederschrift öffentlicher Teil

Der Stadtrat führte seine Sitzung am Dienstag, dem 31.03.2020, im Saal des Verwaltungsgebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 10, Hansestadt Osterburg (Altmark) durch.

Beginn: 19.00 Uhr **Ende:** 21.15 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Bürgermeister Schulz, Nico

Stimmberechtigte Mitglieder

Elsholz, David Emanuel, Ina Emanuel, Jürgen Engel, Sven

Fritze, Mathias

Gose, Klaus-Peter Guse. Horst-Dieter

Handtke, Michael

Janas, Horst

Lenz, Matthias

Matzat, Sandra

Moser, Rainer

Müller, Matthias

Schulz, Thorsten

Seifert, Steffen

Tramp, Wolfgang

Verwaltungsangehörige

Köberle, Matthias Kränzel, Detlef Protokollant

Gäste

Altmark-Zeitung

Osterburger Volksstimme

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Brehmer, Stefan entschuldigt
Matz, Dirk entschuldigt
Riedner, Bernd entschuldigt
Werner, Torsten entschuldigt

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
- 2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung des Stadtrates 10.03.2020
- 4. Einwohnerfragestunde
- 5. Beschluss über die Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB zum 1. Entwurf des Flächennutzungsplanes der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altm.) Vorlage: III/2020/109
- 6. Beschluss über die Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr.2 "Industriegebiet Am Schaugraben, 1. Erweiterung 1. Änderung" Vorlage: III/2020/111
- 7. Beschluss zum Bau des Lindenparkplatzes Vorlage: III/2020/112
- 8. Beschluss zur 4. Änderungssatzung der Satzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände Seege/Aland, Milde/Biese und Uchte

Vorlage: III/2020/113

- 9. Informationen des Bürgermeisters
- 10. Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie Beschlussfähigkeit mit 15 anwesenden Stadträten fest. Er verweist darauf, eventuell bestehendes Mitwirkungsverbot zu einem Tagesordnungspunkt vor Beginn der Beratung anzuzeigen.

2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Stadträten einstimmig angenommen und festgestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung des Stadtrates 10.03.2020

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Fragen und Anregungen.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.03.2020 wird mit 15 Zustimmungen und einer Enthaltung genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und unterbricht die Sitzung zur Durchführung der Einwohnerfragestunde.

Es werden keine Fragen von Einwohnern vorgebracht. Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

5. Beschluss über die Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB zum 1. Entwurf des Flächennutzungsplanes der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altm.)
Vorlage: III/2020/109

Der Vorsitzende ruft den Tagespunkt auf und übergibt das Wort an den Bürgermeister.

Der Flächennutzungsplan ist ein Werk, das uns seit 2014 begleitet und wurde ausführlich und intensiv besprochen.

Letztes Jahr wurde der Entwurf öffentlich ausgelegt. Im Rahmen der Auslegung konnten Träger öffentlicher Belange sowie Betroffene Einwendungen bzw. Stellungnahmen erheben.

Die Stellungnahmen sind in den Beschlussentwurf mit der jeweiligen Empfehlung der Verwaltung eingearbeitet worden.

Hierzu liegt heute noch eine Ergänzung als Tischvorlage vor, die in den Ausschüssen auch schon Gegenstand der Beratungen waren.

Dieser Beschluss ist sehr intensiv in den Gremien behandelt worden. Einen Sachverhalt möchte der Bürgermeister deutlich ansprechen, da es eine wichtige Entscheidung sei. Im Zuge der Auslegung gab es auch Beteiligungen von privaten Einzelhandelsunternehmen, insbesondere hat sich eine Gewerbeprojektmanagementfirma im Auftrag von Aldi beteiligt. Sie regt an, beim Sondergebiet großflächiger Einzelhandel in der Bismarker Str. eine Erweiterung vorzunehmen und zwar auf ein Teil des Geländes des Gargagenhofes 3. Lidl stellte den Antrag die Erweiterung des Sondergebietes großflächiger Einzelhandel bis zum ehemaligen Kaisermarktes und der brachflächigen Grünfläche.

Am 20.11.2019 sprach der Bürgermeister mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Ortsbürgermeister, wie wir uns verhalten sollen. Tenor dieser Runde war, welcher auch in diesem Beschluss mit eingearbeitet wurde, dem Antrag von Lidl nicht zuzustimmen, aber versuchen, Lidl an diesem Standort zu halten und den Vorschlag von Aldi mitaufzugreifen. Es soll ein Grundstückstausch vorgenommen werden. Die Stadt soll ein 28.000 m² Grundstück und im Tausch soll Aldi ein 7.000 m² Grundstück (Teil des Gargagenhofes) erhalten. Die Stadt würde den Besitz der Kleingartenanlage erlangen.

Die Ausschüsse stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.

Herr Elsholz meldet sich zu Wort und bemängelt, dass seitens der Stadt zu wenige Informationen kamen und Eingaben von Bürgern nicht ausreichend begründet wurden. Des Weiteren merkt er an, dass schon ausreichend Einzelhandel vorhanden sei.

Herr Handtke merkt an, dass alle Fragen im Vorfeld beantwortet wurden, wir schaffen uns mit dem Flächennutzungsplan mal irgendetwas zu entwickeln, vielleicht in 3,4,5 oder 6 Jahren. Weiter fragt er an, ob sich das ZBO-Gelände schon im Außengebiet befindet und mit dem F-Plan nicht schlechter gestellt wird. Dies bestätigt der Bauamtsleiter.

Herr Emanuel meldet sich zu Wort, wir sprechen heute über die Strukturen des Flächennutzungsplanes.

Herr Emanuel findet gut, dass sich viele gemeldet haben. Er bedauert es aber, dass sich eventuell Betroffene nicht zu Wort meldeten. Er hofft, dass Betroffene noch Einsicht nehmen in den Flächennutzungsplan und ihre Auffassung zu Papier bringen.

Frau Emanuel betritt um 19.40 Uhr den Saal, somit sind es 16 stimmberechtigte Stadtratsmitglieder.

Herr Th. Schulz kann sich nicht vorstellen, dass sich keine Gargagenbesitzer gemeldet haben, bei ihm haben sich mindestens 3 Leute beschwert.

Herr Lenz möchte wissen, warum die betroffenen Bürger die Entscheidung aus der Zeitung erfahren müssen. Sie werden nach Abschluss des Verfahrens informiert, antwortet Herr Köberle

Nach reger Diskussion der Stadträte, bittet Herr Gose darum, zum Abschluss zu kommen.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt und lässt abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg beschließt die Abwägung der Hinweise, Anregungen und Bedenken im Rahmen des Verfahrens für die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für das gesamte Gemeindegebiet der Hansestadt Osterburg (Altmark).

Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

Die während der öffentlichen Auslegung vom 09.09.2019 bis 10.10.2019 vorgebrachten Anregungen, Hinweise und Stellungnahmen der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belangen nach § 4 Abs. 2 BauGB und der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB wurden geprüft und abgewogen. Das zusammengefasste Abwägungsmaterial vom 20.Januar 2020 ist als Anlage beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Das Abwägungsergebnis ist den Einwendern mitzuteilen.

Die auf Grund dieser Abwägung getroffenen Entscheidungen zum Fortgang der Planung sind in dem Flächennutzungsplan als 2. Entwurf einzuarbeiten. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verfahrensschritte zum Wirksamwerden des Flächennutzungsplanes durchzuführen.

ungeändert beschlossen
Ja 13 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

6. Beschluss über die Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr.2 "Industriegebiet Am Schaugraben, 1. Erweiterung - 1. Änderung" Vorlage: III/2020/111

Der Vorsitzende ruft den Tagespunkt auf und übergibt das Wort an den Bürgermeister.

Die Gremien stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.

Herr Köberle führt kurz in die Thematik ein und verdeutlicht die Wichtigkeit des Beschlusses, um das Gewerbegebiet an der BAB 14 entstehen lassen zu können.

Wortmeldungen werden nicht hervorgebracht und der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der

Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gemäß Anlage.

Die zum Entwurf des Bebauungsplanes "Industriegebiet Am Schaugraben, 1. Erweiterung - 1. Änderung (Teilaufhebung) in der Fassung vom 02.04.2019 während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erhaltenen Stellungnahmen hat der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) geprüft und mit dem Ergebnis entsprechend der Anlage zu diesem Beschluss abgewogen.

Die auf Grund dieser Abwägung getroffenen Entscheidungen zum Fortgang der Planung sind in dem Bebauungsplan einzuarbeiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verfahrensschritte zum Wirksamwerden des Bebauungsplanes durchzuführen.

ungeändert beschlossen Ja 16 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

7. Beschluss zum Bau des Lindenparkplatzes Vorlage: III/2020/112

Der Vorsitzende ruft den Tagespunkt auf, verweist auf die Tischvorlage und übergibt das Wort an den Bürgermeister.

Die Beschlussvorlage wurde sehr intensiv in den Gremien diskutiert. Die Gremien stimmten der Beschlussvorlage zu. Es liegt Ihnen als Tischvorlage eine Aufschlüsselung der Kosten vor, dieses war der Wunsch aus den Ausschussberatungen.

Auf Wunsch des Ortschaftsrates Osterburg und des Hauptausschusses schlug Herr Köberle vor, Betonsteinpflaster und alternativ Asphalt auszuschreiben, um eventuell geringere Kosten zu erlangen. Es wurde in den Ausschüssen über die Höhe der Kosten diskutiert. Es werden Gelder für den Rathausumbau umgewidmet, für den Bau des Parkplatzes.

Herr Moser möchte wissen, ob man mit dem Bau früher beginnen kann, da das Stadtfest in diesem Jahr ausfällt.

Die Zeit benötigen wir für die Ausschreibungen, es wird daher nicht früher begonnen werden können, antwortet der Bürgermeister.

Wie wird die Zisterne mit Wasser versorgt, möchte Herr Elsholz wissen. Die Zisterne wird mit Trinkwasser gefüllt, erklärt Herr Engel.

Herr Müller meldet sich zu Wort, er hat sehr große Probleme mit der Höhe der Kosten. Er hätte sich gewünscht, dass die Zahlen schon zum Haushaltsbeschluss vorgelegen hätten und kann den Beschluss nicht mittragen.

Frau Matzat stimmt Herrn Müller zu. Man hätte die 1,2 Millionen anderes verwenden können. Man hätte den Parkplatz aufwerten können, vielleicht teilweise gepflastert, eventuell geschottert oder auch grün Anlegen können. Des Weiteren sollte man sich Gedanken über die Linden machen. Auch sie werde dagegen stimmen.

Herr Moser meldet sich Wort, wir sprechen seit Jahren über ein einheitliches Ensemble. Er ist dafür das der Parkplatz gebaut wird.

Auch Herr Elsholz hat Bauchschmerzen bei der Summe, aber um die Innenstadt zu entlasten, sei der Parkplatzbau notwendig. Er bittet darüber nachzudenken, ob auch Firmen oder Anwohner in Form von Anwohnerparkplätzen diesen nutzen könnten.

Herr Emanuel möchte 4 Punkte für den Bau des Parkplatzes anführen:

- 1. Beendigung Innenstadtsanierung mit der Fertigstellung des Parkplatzes
- 2. Brandschutz
- 3. Nähe zur Lindensporthalle
- 4. die Kosten werden sich nicht verringern

Herr Guse möchte wissen, ob noch Unterlagen aus den 70iger Jahren von den Bohrungen in Osterburg vorhanden seien. Die Unterlagen werden bei den Planern vorhanden sein, antwortet Herr Köberle.

Herr Müller möchte wissen, wie viel im Haushalt für den Lindenparkplatz eingeplant wurde.

In der Beschlussvorlage wurde dargestellt, dass wir in das nächste Jahr hineingreifen müssen. Am Haushalt ändert sich nichts. Wir müssen für die Finanzierung auf das nächste Jahr zugreifen, antwortet Herr Köberle.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht und der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt und lässt abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt den Bau des Parkplatzes Lindenstraße als 4. Bauabschnitt des Projektes Sanierung Hilligesplatz gemäß der vorliegenden Entwurfsplanung vom 05.02.2020 und der Kostenschätzung vom 12.03.2020 in Höhe von 1.218.334,33 EUR brutto.

Auftraggeber ist die BIG-Städtebau GmbH als Gebietsbeauftragte der Hansestadt Osterburg (Altmark) für die Stadtumbaumaßnahmen Wohngebiet westliche Golle/Sanierungsgebiet Altstadt.

ungeändert beschlossen
Ja 14 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Beschluss zur 4. Änderungssatzung der Satzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände Seege/Aland, Milde/Biese und Uchte Vorlage: III/2020/113

Der Vorsitzende ruft den Tagespunkt auf und übergibt das Wort an den Kämmerer, Herrn Kränzel.

Herr Kränzel weist daraufhin, dass die Beschlussvorlage nicht vorberaten wurde. Der Kämmerer führt kurz in die Thematik ein.

Eine wesentliche Änderung ist der Umlageschuldner, wechselt der Eigentümer innerhalb eines Jahres, soll die Umlage anteilig auf den neuen Eigentümer übergehen. Es wurde im § 4 ein neuer Absatz 5 eingeführt.

Herr Elsholz möchte wissen, wie der Anteil verrechnet wird.

Es ergeht darüber ein neuer Bescheid und das Geld wird zurückerstattet, antwortet Herr Kränzel.

Warum wird für Waldbesitzer dieser Beitrag ebenfalls erhoben, möchte Herr Moser wissen.

Den Flächenbeitrag bezahlen alle Grundstückseigentümer, den Erschwernisbeitrag bezahlen die, die nicht der Grundsteuer A unterliegen, so der Kämmerer.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor und der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt die 4. Änderungssatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände Seege/Aland, Milde/Biese und Uchte

ungeändert beschlossen
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert ausführlich über die Entwicklungen der Coronavirus-Pandemie in Sachsen-Anhalt im Landkreis Stendal und in der Hansestadt Osterburg. Er geht hierbei insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

Corona-Information BM SR 31.03.2020

- 13.03., Freitag 17:52 Uhr Info Beschluss der LR zur Schließung von Kitas und Schulen ab 16.03
- 14.03. SAE Corona (AL, Wehrleiter, Bütow, Betram, Fachberater)
- 15.03. BM Beratung beim LR
- Bisher mehrmals in der Woche SAE und t\u00e4gliche Telefonkonferenzen BM LR
- 17.03. Mitarbeiterversammlung
- 17.03. Vormittag Gespräch mit Lothar Welte: Absage Stadt- und Spargelfest
- 17.03. 1. SARS-VoV-2-EndV (Veranstaltungen über 50 TN verboten, darunter möglich 2 m Abstand, max. 50 Personen)
- Zuständigkeiten im Vollzug: zuständige Behörde
- 22.03. Einigung der BR und Länder zu Kotaktreduzierung
- 22.03. AV des LVA zu Ausgangsbeschränkungen
- 24.03. 2. SARS-CoV-2-EindV (Zusammenfassung)
- LK SDL: 52, davon 7 genesen
- Osterburg keine Fälle, eine Person Quarantäne

Versorgung?

- Einzelhandel mit Lebensmittel gesichert
- Trink- und Abwasser gesichert
- Abfall gesichert (Annahmestellen geschlossen)
- Strom gesichert
- Tankstellen offen
- ÖPNV eingeschränkt
- Medizinische gesichert, wenn die Maßnahmen greifen
- Essen auf Rädern gesichert

· Altenpflegeheim sicheren Ablauf organisiert

Regelungen in Osterburg

- Schließung unserer Einrichtungen und Veranstaltungen, Bibo, DGH, Spielplätze (Aushänge), Einwohnerversammlungen, Osterfeuer
- Notbetreuung: Krippe 2 von 67, Kindergarten 10 von 150, Hort 1von 203 (13/420)
- Frühzeitig festgelegt die Aussetzung des Einzugs von Elternbeiträgen für April
- Absage aller FFw-Veranstaltungen
- Verwaltung unter eingeschränktem Zugang (5 Personen), flexible Arbeitszeitregeln der MA, Teil der MA in Heimarbeit, Desinfektionsmittel am Eingang
- Servicezeiten bleiben aber Aufruf an Bürger Telefon und Mail zu nutzen und nur zu unbedingt notwendigen Angelegenheiten in die Verwaltung zu kommen –funktioniert
- Regelmäßige Kontrolle der Schließungen und Aufenthalt im Freien durch OA und Polizei – wird eingehalten (Ab und zu Jugendliche, eine Feier) – Dank aussprechen
- Gewerbesteuerzahlungen werden bei Bedarf gestundet
- WGO 30.03.2020: "Kein Mieter der WGO wird wegen Zahlungsschwierigkeiten die im Zuge von Corona entstanden sind, seine Wohnung verlieren"
- Regelmäßige Info über Hompage, Facebook und Presse, auch der LK-Meldungen
- Stadtrat, Ausschüsse und Ortschaftsräte können tagen, 1,50 m Abstand, Erfassung, Gesundheit; dringende Angelegenheiten die keinen Aufschub dulden oder die bereits in Ausschüssen vorberaten wurden, können im vereinfachten schriftlichen Umlaufverfahren beschlossen werden; Schulküche?
- HA 24.03.2020: weiter tagen

Weiter informiert der Bürgermeister, dass der Haushalt am 26.03.2020 genehmigt wurde.

Ein sachkundiger Einwohner hat im Bauausschuss den Zustand des Gebäudes Ernst-Thälmann-Str. Ecke Erzbergstraße kritisiert. Im Rahmen der Möglichkeiten hat die Stadt Osterburg und der Landkreis Stendal eine Bereinigung der Grundstückssitutation herzustellen.

Im März 2013 erste Mitteilung vom AG Stendal erhalten, dass die Einzelvollstreckung in das Vermögen (Grundstück des Herrn Volker bzgl. Eintragung einer Sicherungshypothek) nicht zulässig ist, da in England das Insolvenzverfahren gegen Herrn Volker eröffnet wurde, It. Beschluss vom 28.04.2010, demzufolge bestand Vollstreckungs- und Zwangsversteigerungsverbot.

In 07/2016 wurde auf Nachfrage hin, an das Berliner Rechtsanwaltsbüro SALANS aus England mitgeteilt, dass das INSO-Verfahren dort noch aktiv ist und das Grundstück sich immer noch in der Insolvenzmasse befindet.

Zwangsversteigerungsverfahren sind daher immer noch nicht möglich. Beendigung des Inso-Verfahrens in 09/2017. Bisher haben wir noch keine Mitteilung aus England

vom Inso-Verwalter erhalten, ob er das Grundstück über das Inso-Verfahren an einem neuen Eigentümer veräußert hat oder ob der alte Eigentümer wieder dafür zuständig ist. Es gab keine einzige Antwort vom Verwalter auf Schreiben und Anfragen der Stadt Osterberg.

Als Kommune hat man die Möglichkeit bzgl. bestehender Forderungen, ein Grundstück im Wege der Vollstreckung als Vollstreckungsmaßnahme auf Antrag Zwangsversteigern zu lassen. Hierbei ist zu bedenken, dass ein ZV-Verfahren lange dauert und in diesem Fall mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Es gibt auch keine Garantie dafür, dass dieses Grundstück auch wirklich jemand ersteigert (Verhältnismäßigkeit, Aufwand/Nutzen, Kosten).

Eine Enteignung des Eigentümers ist im Artikel 14 Nr. 3 des Grundgesetzes geregelt. Weitere gesetzliche Regelungen bzgl. einer Enteignung eines Eigentümers gibt es im Enteignungsgesetz L-S-A v. 13.04,2010 und in Spezialgesetzen, wie z. B. Infrastrukturgesetz, Baugesetzbuch, Wasserstraßengesetz usw. Diese können in diesem Fall nicht angewandt werden, weil die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Es müsste dafür z. B. eine Planung für die Inanspruchnahme des Grundstückes, wie z. B. ein Bebauungsplan, ein Ausbauplan für ein Wasserstraßennetz u. a. vorliegen.

Das Ordnungsamt hat das Grundstück in Augenschein genommen und festgestellt, dass es bis auf wenige Stellen ausreichend eingefriedet sei. Allerdings ist auf dem Hof eine Klärgrube eingestürzt, dieses stellt eine Gefahr für Leib und Leben dar. Das Ordnungsamt hat sich mit den Bauordnungsamt Stendal dsbzgl. in Verbindung gesetzt.

Die Klage gegen die Stadt Osterburg vom ehemaligen Biesecafebetreiber wurde abgewiesen, informiert der Bürgermeister weiter.

Weiter informiert der Bürgermeister über eine Park-App in der Stadt Osterburg. Die Vertragslaufzeit mit Park-Now beträgt 5 Jahre und es entstehen der Stadt dadurch keine Kosten.

Weiter teilt der Bürgermeister mit, dass für DGH's in den letzten Monaten Grit Müssig Erxleben, Ulrich Krüger Dobbrun, Christine Mädicke Zedau, Jutta Berger Polkern, Inge Hannemann Dequde und Jaquiline Knespel Krevese vom Bürgermeister berufen wurden.

Der Zweckverband Breitband hat uns informiert, dass in Kürze die weiteren Ausbaubereiche, der weißen Flecken angegangen werden, darunter fallen die Orte Krumke, Zedau, Ballerstedt, Klein Ballerstedt, Düsedau, Erxleben, Flessau, Natterheide, Storbeck, Wollenrade, Krevese, Polkern, Röthenberg, Rossau.

10. Anfragen und Anregungen

Herr Elsholz fragt an, ob die Kita-Gebühren bzw. Hortkosten von den Eltern nicht gezahlt werden müssen. Der Einzug der Kita-Gebühren wurde für den Monat April ausgesetzt, antwortet der Bürgermeister.

Weiter fragt Herr Elsholz an, welche Regelung für das Befahren der Nordpromenade festgelegt wurde. Wird beim Ordnungsamt nachgefragt, antwortet der Bürgermeister.

Herr Guse fragt an, ob es eine Information zur Randale am Biesebad gibt. und ob Anzeige darüber erstattet worden.

Es wurde von einem privaten Bürger Anzeige erstattet. Der Vorgang läuft, es gibt derzeit aber noch kein Ergebnis, antwortet der Bauamtsleiter.

Es liegen derzeit 3 Planungsunterlagen öffentlich aus. Herr Fritze regt an, auf Grund der derzeitigen Situation die Auslagefrist zu verlängern.

Die Unterlagen sind auch online einsehbar, antwortet der Bürgermeister.

Herr Fritze merkt an, dass dieses nicht die öffentliche Auslage ersetzt.

Es wird überprüft werden, ob die Auslage verlängert werden kann, antwortet der Bürgermeister.

Frau Matzat möchte wissen, ob die August-Bebel-Straße umgewandelt wird zum Spielplatz.

Mit den neuen Plänen sollte es nicht mehr umgesetzt werden, antwortet Herr Köberle.

Am Otto-Nuschke-Weg Ecke Karl-Liebknecht-Straße kommt der Spielplatz hin, antwortet Herr Tramp.

Auf der Internetseite steht, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke beschlossen habe, 20% Beteiligung der Energiewerke am Windpark zu übernehmen.

Den Beschluss hat die Gesellschafterversammlung der Energiewerke Osterburg gefasst. Die Energiewerke Osterburg übernehmen 20%, die vorher der FEFA gehörten, informiert der Bürgermeister.

Weiter fragt Frau Matzat an, ob ein Konzept erstellt werden könnte, um wieder mehr Lebensqualität für die Anwohner der Stadtrandsiedlung herzustellen. Die Bitte wird mit aufgenommen werden, antwortet der Bürgermeister.

Können die Schatzbriefe schon erworben werden, fragt Frau Matzat. Des Weiteren bittet sie darum, dass man sich Gedanken macht die Schatzbriefe auf 20 Jahre auszuweiten.

Der Bürgermeister wird das mit in die Gesellschafterversammlung einbringen. Die Schatzbriefe werden im Mai ausgegeben werden, antwortet Herr Janas.

Herr Th. Schulz möchte wissen, ob es eine neue Erkenntnis zum Radweg und der Schwiegervaterbrücke gibt.

Derzeit gibt es keinen aktuellen Stand, diesem wird nachgegangen, antwortet der Bürgermeister.

Schließung der Sitzung des öffentlichen Teils um 21.15 Uhr.

gez. H. Janas gez. M. Kriening stellv. Vorsitzender Protokollantin